

(Es gilt das gesprochene Wort)

Mitglieder in Regierung und Parlament,
Kollegen und Kolleginnen,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

eine Gemeinschaftspolitische Erklärung einer neuen Regierung, wurde vorgetragen
von einem neuen Ministerpräsidenten – und steht nun zur Debatte –

Aber gibt´s etwas neues, haben wir etwas anderes gehört
als vor einem oder vor fünf Jahren –

Nun, einiges erhielt einen neuen Anstrich, und wurde anders aufgesagt -
aber grundsätzlich hörte man die gleiche Haltung heraus–

Die Regierungserklärung trägt die gleiche Handschrift wie in den vergangenen Jahren,
auch wenn ein anderer sie niedergeschrieben hat –

Zuerst einmal einige Anmerkungen zu dem, was uns Herr Paasch verschwiegen hat,
bzw. worüber er nicht reden wollte.

Denn wie allgemein bekannt,
bedeutsam ist nicht das
was die Regierung uns erzählt,
viel bedeutsamer ist das was sie uns verschweigt.

Ganz zu Beginn seines Beitrages direkt die Behauptung, die Mehrheit ginge
gestärkt aus den Wahlen hervor.

Vergleichen wir diese Behauptung mit einigen Zahlen.
2009 hatte die Mehrheit aus PFF, SP und ProDG einen Stimmenanteil von 54,3 % -
2014 hatte dieselbe Mehrheit einen Stimmenanteil von 53,8 % -

Man hat also prozentual Stimmen verloren – von Stärkung kann keine Rede sein –

Die PFF, als langjährige Regierungspartei, hat das schlechteste Wahlergebnis seit 1974
zu verzeichnen, also seit Beginn der Autonomie das zweitschlechteste überhaupt.

Die SP, das niedrigste Wahlergebnis seit 1999 -
Und wenn man die Zahlen der Eifel nimmt sieht es für sie noch düsterer aus.

Beide Parteien wurden massiv in der Eifel abgewählt.
So verlor die SP in der Eifel mehr als 7 Prozent, und dies trotz massiver
Regierungspropaganda in den letzten Jahren.

Es gibt nur zwei Parteien die an Stimmen hinzugewonnen haben:

ProDG und Vivant. An Sitzen hat die ProDG den höchsten Zuwachs.

Aber zu den Stimmen der Wahl von 2009 –
verzeichnet Vivant den höchsten prozentualen Stimmenzuwachs
und gehört somit zu den Gewinnern der Wahl.

Und dies mit der geringsten Wahlwerbung.

Wir haben keine Steuergelder verschwendet, wir haben dem Bürger klar und deutlich gesagt
was wir tun wollen und dieser hat das honoriert.

Wir sind in der Eifel die drittstärkste Kraft, und nur aufgrund eines
völlig ungerechten Systems der Stimmenverteilung, wo die Großen bevorteilt werden,
haben wir keinen Sitz mehr erhalten.

Erlauben Sie mir hier kurz eine Klammer -

Rein rechnerisch hat die CSP mit 24,86 % Stimmen - 6,21 Sitze –
aber sie erhält aufgrund der Bevorteilung durch das Hondtsche System der Stimmverteilung
- 7 Sitze – Das System rundet von 6,2 auf 7 auf.

Die ProDG hat rein rechnerisch 5,55 Sitze auch hier rundet das System auf – sie erhalten 6 -

Vivant hat rein rechnerisch 2,65 Sitze – 10,62 % von 25 –
Und hier rundet das System dann ab –

In verschiedenen Ländern Europas hat man die Ungerechtigkeit des Hondtschen Systems
erkannt und durch andere Stimmverteilungssysteme ersetzt, welche den Wählerwillen
genauer widerspiegeln.

Aufgrund unserer diesbezüglichen Bemerkungen steht dieser Punkt
auch auf der Agenda der mittelfristig zu klärenden Fragen des Parlaments.
Mein Kollege wird hierzu einen Vorschlag ausarbeiten, welche wir dem Parlament vorlegen
werden.

Und was war eigentlich mit dem Wahldebakel –
Mit der berühmten Wahlpanne und den 20 annullierten Stimmen.

Kein Satz, kein Wort, ja keine Silbe – hat Herr Paasch
in seiner 90 minütigen Rede übrig für die größte Wahlpanne in der Geschichte der DG.

Alleine diese Verschwiegenheit sollte den Bürgern zum Nachdenken Anlass geben.
Man will nicht mehr darüber reden -
Man will dass es in Vergessenheit gerät –
Man wollte auch nicht das nachgezählt wird, auch wenn einige dass wissentlich falsch
behauptet haben.

Warum wohl?

Zur Erinnerung, die 14 Kolleginnen und Kollegen der Mehrheit haben kurz vor ihrer Eidesleistung hier in diesem Hause einen Verfassungsbruch begangen.

Die Uni-Professorin Anne Emmanuelle Bourgaux – bemerkte zur Wahlpanne:

Wenn wir als Wahlbeobachter in ein afrikanisches Land gesandt worden wären, und hätten dasselbe Chaos dort vorgefunden, wie hier, in Belgien am 25. Mai, dann hätten jeder der auch nur ansatzweise etwas von Demokratie und Wahlen versteht diese Wahlen sofort für ungültig erklärt.

Aber hier im Hause ist man da flexibel.
Das Ergebnis hat der Mehrheit halt gepasst. Und gut ist.

Und dann spricht Herr Paasch in seiner Rede davon
Zitat: „...die Bevölkerung von unserem Tun und unserer Rechtschaffenheit zu überzeugen.“

Aber wo war denn da ihre Rechtschaffenheit?

Nach der Wahl, wurde dann das Pöstchen Karussell gedreht –
Hier haben wir es mit einem besonderen Karussell zutun –
Denn hier geht es um Macht und viel Geld.

Der Kuchen wird aufgeteilt – und hier bleibt der Bürger außen vor –
Und es geht auch nicht um Sachlichkeit oder Kompetenz bei der Pöstchenverteilung,
nein, – hinter verschlossenen Türen verhandelt man, wer was abbekommt.

Und ob dies zum Wohle der DG, ja zum Wohle der Bürger geschieht ist eine
andere Frage – denn darum geht es eigentlich gar nicht –

Wir war es 2004 als man den vierten Ministerposten erfand –
Auch da ging es nur um Verhandlungen –
Ob dies Sinn macht – stand nicht zur Debatte –

Und das meine Damen und Herren,
schürt die Politikverdrossenheit der Bürger.

Fragen Sie doch mal die Bürger was sie von diesem Pöstchen Karussell hier
halten.

Zum Senat:

Sie sprechen an das der Senat umgebaut wurde
zu einer Kammer der belgischen Gliedstaaten.

Aber was macht denn dann unser Senator in einer wallonischen Fraktion?

Und abgesehen davon, kein Bürger braucht den Senat, wohl aber einige Politiker, weil er Teil des Pöstchen Karussells ist.

Wie schrieb es so treffend ein Journalist:

„Die Institution Senat wurde womöglich nur aufrechterhalten, um der belgischen Politik ein Versorgungsproblem zu ersparen.“

Unser DG Senator kostet dem Steuerzahler mindestens 125.000,- € pro Jahr zuzüglich der anteilmäßigen Kosten der Fraktion und des Senatsapparates.

Er erhält ebenfalls einen Mitarbeiter, obwohl im Senat den Fraktionen Mitarbeiter zur Verfügung stehen, wahrscheinlich als einziger Senator in Belgien.

Er ist auch hier im Parlament Mitglied einer Fraktion, kann also auf deren Unterstützung und Mitarbeit zählen und die PFF sowie die SP Fraktion erhalten pro Jahr satte 214.625,- € - Beide mehr als im vergangenen Jahr.

Die SP erhält mehr obwohl sie einen Sitz weniger hat. Und die PFF erhält sogar 34.700,- € mehr als im vergangenen Jahr und das obwohl sie Stimmen verloren hat.

Das diese Selbstbedienung die Politikverdrossenheit schürt, ist verständlich.

Und deshalb plädieren wir für mehr Transparenz –

Was ein Politiker erhält sollte klar und deutlich veröffentlicht werden und jeder Bürger muss hierzu Einsicht haben.

Wir werden einen entsprechenden Vorschlag hier im Hause unterbreiten.

Die DG erhält das Geld für das Gehalt des Senators als Ausgleich über eine Dotation.

Aber warum erhält der Senator, denn nicht dieselbe Vergütung wie ein DG Parlamentarier, wir sind autonom dies zu entscheiden.

Dann könnte die DG mindestens 100.000,- € pro Jahr sparen ohne das es zu sozialen Härtefällen kommen würde.

Der Senat tagt in Zukunft nur noch achtmal pro Jahr, seine Bedeutung ist verschwindend gering, auch wenn einige hier das Gegenteil behaupten.

Ein Satz noch zur Provinz -

In kaum einer Rede hat der Fraktionssprecher der ProDG es in den vergangenen Jahren versäumt, die Provinzen anzusprechen und die DG als provinzfreie Zone auszurufen.

Da stimme ich mit ihnen überein, nur gehen wir noch einen Schritt weiter. Die Provinzen sollten endlich komplett aufgelöst und die Zuständigkeiten an die Gemeinden, Gemeinschaften und Regionen übertragen werden, und zwar genau da wo sie dem Bürger am besten Nutzen.

Aber dass die Provinzialräte weiterhin hier im Hause Sitzungsgelder erhalten, und zwar in voller Höhe, so wie nach dem alten System die DG Parlamentarier, finden alle- auch die ProDG- in Ordnung, als ich dies im Präsidium angesprochen und wie so oft für eine Streichung plädiert habe, füllte ein Schweigen den Raum. „Nicht mehrheitsfähig“, meinte Herr Lambertz.

Da spielt dann die Koalitionstreue eine Rolle, und dafür opfert man wie so oft seine Ideale.

Meine Damen und Herren,

was könnte man nicht alles in diesem Apparat DG an Geldern sparen.

Herr Paasch sprach an dass es Fehlbeträge in Millionenhöhe geben wird. In fast dem selben Atemzug hörten wir, dass die Verwaltung aufgestockt und das Parlament aufgewertet wird, vielleicht der falsche Begriff, es erhält mehr Mittel.

Auch hier wieder politische Logik –
Eine Logik die nichts mit gesundem Menschenverstand zu tun hat

Dass jetzt ganz plötzlich der Regierung einfällt, dass es Fehlbeträge in Millionenhöhe geben wird, ist schon ein starkes Stück.

Vor 7 Monaten als das neue Finanzierungsgesetz hier zur Begutachtung stand, haben wir und andere Kollegen im Ausschuss diesbezüglich immer nachgefragt, welche genaue Auswirkungen dieses neue Finanzierungsgesetz für die DG haben wird.

Im Ausschuss wurde die Frage nach Berechnungen für die Zukunft gestellt, und ob die Regierung sich hiermit beschäftigt hätte -
der damalige Finanzminister Lambertz antwortete etwas genervt,
die Regierung habe den Nachtrag zum Haushalt 2014 jetzt zu hinterlegen und hätte sich noch nicht mit zukünftigen Prognosen oder Auswertungen beschäftigt.

Natürlich kann man ihm das nicht glauben.

Natürlich hat die Regierung sich spätestens seit Januar 2014 intensiv mit diesen Zahlen beschäftigt und in der Debatte zum Gutachten im Februar hatte ich ihnen vorgerechnet dass der DG in den kommenden drei Jahren mindestens 11,5 Millionen Euro fehlen würden,

aufgrund des Beitrages zur Sanierung der Staatsfinanzen und für den Verantwortlichkeitsbeitrag für die Beamtenpensionen.

Herr Paasch und alle Mehrheitskollegen haben dem Bürger also im Wahlkampf etwas verschwiegen.

Ausgeglicherer Haushalt 2015 hieß es gebetsmühlenartig, ja wie ein Mantra wurde es von allen ständig wiederholt.

Alle Fraktionssprecher haben dieses Mantra mitgesungen –
Ich lege diese verschiedenen Aussagen meiner Rede bei –
Nicht das nachher einer kommt,
ja das war nicht so gemeint, wir wussten ja auch nicht...,

Doch Sie wussten es genau.

Der Bürger weiß wie dies gemeint und er weiß was sie uns verschwiegen haben und der Bürger ist es satt weiter belogen zu werden.

Es gibt also nur zwei Optionen.

Entweder haben Sie monatelang dem Bürger etwas verschwiegen und den Wähler angelogen –

Oder sie haben sich nicht tiefer mit dem neuen Finanzierungsgesetz auseinandergesetzt und fahrlässig gehandelt.

Kollegen und Kolleginnen,
Liebe Regierungsmitglieder,

Sagen Sie den Menschen doch einfach die Wahrheit.

Sagen Sie dass sie es wussten, aber dass sie sich nicht trauten es zu sagen.

Auch interessant in diesem Zusammenhang,
als wir im Februar, also vor 7 Monaten auf die Zahl 11,5 Millionen Euro an Mindereinnahmen hingewiesen haben, also der Summe welche die DG mindestens die nächsten drei Jahren weniger erhält, hat kein Mehrheitskollege und kein Minister darauf reagiert.

Und dieses betretene Schweigen, verdeutlicht nochmals:

Bedeutsam ist nicht das was Regierungsmitglieder uns sagen,
bedeutsam ist das was sie uns verschweigen.

Natürlich waren die Zahlen bekannt.

Und diese Mindereinnahmen sind natürlich nicht der alleinige Grund,
der finanziell misslichen Lage in welche sich die DG befindet.

Auch sind es nicht die Nachwehen der externen Krise –

Nein, es ist ganz einfach falsche Politik die hier betrieben wurde.
Es ist das Resultat einer ausufernden Finanzpolitik der letzten Jahre.

Die Opposition hatte immer wieder belegt dass dies nicht so weiter gehen kann.

Man hat sich Sachen gegönnt, für die man einfach kein Geld hatte.

Die Schulden stiegen und steigen – und ausgeglichene Haushalte werden mehr und mehr in die Zukunft verlagert, und das mit scheinheiligen Argumenten.

Und nicht zu vergessen, nicht erst seit Februar, ja eigentlich seit Jahren ist bekannt, dass irgendwann einmal die Rechnung von Brüssel kommen wird, was die Staatsschuld und der Beitrag der Beamtenpensionen angeht.

Seit 2009 haben wir dies hier ständig vorgetragen.
Sachlich argumentiert, Fakten und Zahlen gebracht.

Und heute –
Heute ist die Rechnung in der Gospertstraße angekommen,
aber nicht die Vernunft.
Und es wird nicht die letzte Rechnung sein.

Der Föderalstaat sucht Milliarden,
und die Staatsschuld steigt weiterhin um mehr als 4,3 Millionen pro Tag.
Und man ist auch nicht um eine Lösung bemüht –

Die fehlenden Milliarden dienen nicht dazu die Staatsschuld zu tilgen –
sondern um ein noch größeres Malheur zu verhindern.
Getilgt wird nicht – Wer die Schulden zurückbezahlen soll,
weiß niemand, und wenn man der klassischen Politik so zuhört,
dann hat man das Gefühl, das interessiert auch niemanden.

Herr Paasch spricht in seiner Regierungserklärung –
5 Entwicklungen an welche das Regierungshandeln beeinflussen.

Bei Punkt 2 und 3 - Elemente, welche wir seit Jahren, hier angesprochen, erklärt ja verdeutlicht haben –

Was er jedoch nicht anspricht ist die Problematik der Staatsschuld, obwohl dies die DG direkt betrifft – und er geht auch nicht auf unsere ungerechtes Finanzsystem ein –
Denn dieses ist hauptverantwortlich für die Missstände und die Kluft zwischen arm und reich.

Hierzu eine Anmerkung –

Herr Paasch,
versuchen sie bitte nicht, unsere diesbezügliche Kritik, weiterhin so darzulegen, wie sie und ihr Ex-Kollege es in den vergangenen Jahren immer wieder versucht haben, indem sie uns als Weltverbesserer diskreditierten, welche utopische Forderungen stellen würden.

Sie wissen so gut wie wir, dass unsere Kritik am bestehenden Finanzsystem fundiert ist. Und sie täten gut daran, auf uns zu hören.

Wir können als DG das weltweite Finanzsystem nicht verändern, natürlich nicht.

Aber wir können unseren Kindern und unser Schülern erklären welche Auswirkungen dieses System hat, und wir können dies in die Lehrpläne mit einarbeiten und Alternativen Raum geben, und eine offene unvoreingenommene Diskussion führen.
Und wir alle hier in diesem Hause können die uns zur Verfügung stehenden Mittel dazu nutzen, die Thematik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen

Ja eigentlich ist es unsere Pflicht dies zu tun.

Bei Punkt 4 dann – wieder der Versuch – von Einnahmeverlusten zu sprechen –
Obwohl nachweislich, dies nicht der Fall für die DG ist –
Ja die DG erhält weniger als die Regierung sich erhoffte, aber mehr als die vergangenen Jahre –
Auch dies hab ich mehrfach klar und deutlich anhand von Zahlen belegt.

Punkt 5 der unredliche Versuch, Europa als Kontinent mit dem bürokratischen Machtapparat der EU gleichzusetzen.
Ich zitiere: „Wir brauchen nicht weniger sondern mehr Europa.“

Hören auch Sie auf, dieses Mantra hier immer wieder vorzutragen.

Es gibt kaum ein undemokratischeres Gebilde als die EU.

Das EU Parlament hat entgegen allen anderen Parlamenten der Nationalstaaten nicht das Recht der Gesetzesinitiative.

Diese liegt auf EU-Ebene mit wenigen Ausnahmen, allein bei der Europäischen Kommission;

Und wer ist die Kommission –

Das ist wieder so ein Klüngel und ein Pöstchenkarussell, aber diesmal mit einer Macht ausgestattet, wovon einige hier in diesem Hause nur träumen.

Sie haben ja sicherlich mitbekommen, wie dies für Belgien gelaufen ist.

Ist hierzu ein Bürger befragt worden – Nein –

Das machen die Parteichefs unter sich aus.

Wir wählen also ein EU Parlament welches keine Macht hat –

Und die, die die Macht haben werden nicht gewählt –

Demokratie und so wird es heute noch in den Schulen gelehrt ist eigentlich eine Volksherrschaft – nur für die EU gibt es andere Regeln –

Und wenn dann der Herr Paasch hingeht – und sagt wir bräuchten mehr Europa, dann bitteschön erklären Sie dem Bürger zuerst einmal was sie damit meinen.

Noch mehr Lobbyismus der Konzerne,
noch mehr Richtlinien und Vorschriften von oben,
noch weniger Souveränität für die einzigen Mitgliedsstaaten.

Sie geben ihrer Gemeinschaftspolitischen Erklärung die Überschrift:
„Autonomie gestalten, und Autonomie erweitern.“

Meine Damen und Herren,

dies steht im Widerspruch zu dem was die EU will – und was in der EU geschieht.

Die Nationalstaaten geben immer mehr Souveränität und Autonomie an die EU ab.

Seit Jahren ein fortlaufender Prozess.

1950 kamen noch 100% der nationalen Gesetze aus dem jeweiligen Land selbst.

1957 waren es +/- 5%, die ihren Ursprung in der EU fanden.

Dieser Prozentsatz steigerte sich immer weiter.

2013 kamen +/- 75% der nationalen Gesetze direkt aus der EU.

Wenn dieser Entwicklung nicht schnellstens Einhalt geboten wird, dann wird die EU bald alle Gesetze in den Mitgliedsstaaten diktieren.

Und dies größtenteils ohne demokratische Legitimation!

18.000 Vollzeitbeschäftigte Lobbyisten der Industrie diktieren die EU.
Längst haben Konzerne das Sagen und nicht die gewählten Volksvertreter.

Und was war denn mit dem Fiskalpakt, was haben uns die Experten hier erklärt –
Selbst das nationale Haushaltsrecht haben die Staaten der EU abgegeben.
Und selbst die Gemeinden werden in ihrer Autonomie beeinträchtigt.

Auch hier wieder die politische Logik –
Man spricht von mehr Autonomie auf der eine Seite,
auf der anderen gibt man kommentarlos jegliche Souveränität ab - und verteidigt dies sogar
noch..

Nochmals Herr Paasch, ich habe ihnen dies mehrfach in ihrer Funktion als
Unterrichtsminister gesagt und ich sage es ihnen heute in ihrer Funktion als Regierungschef,
hören Sie auf damit den Leuten Angst zu machen und zu sagen
es gäbe keine Alternative zur jetzigen EU –

Ich weiß nicht ob sie auch so oft und weit reisen werden wie ihr Vorgänger –
Aber erzählen Sie das mal einem Schweizer – oder einem Norweger – und dann nutzen Sie
den Besuch um gleichzeitig die Bescheidenheit der norwegischen Minister kennenzulernen –
Die lassen sich nicht vom eigenen Chauffeur chauffieren, sondern die fahren auch mal mit
Bus und Bahn.

Durch gemeinsamen Handel, Frieden in Europa zu bringen, war ein Traum und ein Ziel.
Aber die EU ist dabei dies zu zerstören.

Die Entwicklungen auf EU Ebene sind besorgniserregend.
Heute sind mehr als 1,1 Millionen Menschen in der EU mehr arbeitslos als vor einem Jahr.
Aber hierzulande bleibt sie weiterhin auf einem hohen Niveau.

Und was hat es denn für sinnvolle Reformen, im Arbeitsamt der DG während ihrer Amtszeit
als zuständiger Arbeitsminister gegeben –
Reformen welche spürbare Resultate mit sich gebracht haben.
Nichts –
In ihrer Amtszeit ist die Arbeitslosigkeit um mehr als 33 Prozent angestiegen.
Und hat neue Höchstwerte erreicht.

Sicherlich nicht die Schuld der DG Regierung –
Aber was haben Sie denn entscheidendes getan – um den Trend zu verändern.

Neue Zuständigkeiten bringen nur dann etwas,
wenn man auch kompetent ist damit umzugehen.

Und was das Arbeitsamt angeht, haben sie sicherlich keine Lorbeeren verdient.

Meine Damen und Herren,

wir haben in Belgien mit die höchste Steuerlast und die höchsten Bürokratiekosten Europas. Das man hier im Hause trotzdem nach mehr fragt, und die Verwaltung ausbauen will, anstatt zu versuchen das bestehende besser und kostengünstiger zu verwalten, ist ein Fußtritt für alle Bürger, die ihr Leben lang arbeiten und schon heute viel zu viele Steuern zahlen müssen.

Meine Damen und Herren,

das Parlament in Eupen braucht keinen Chauffeur. Es braucht auch nicht mehr Geld. Wenn das Geld, welches das PDG heute erhält, gerecht verteilt und mit gesundem Menschenverstand verwendet wird, kann es sehr konstruktive Arbeit leisten.

Viel mehr braucht es endlich Politiker mit dem Willen und der Entschlossenheit, ihre Arbeit als eine ehrenvolle Aufgabe im Dienste aller Bürger zu verstehen und persönliche Interessen aus ihren Entscheidungen heraus zu halten.

Wenn man bedenkt wie im Pflegedienst Arbeitskräfte fehlen, wie sich Pfleger und Pflegerinnen plagen müssen und um jeden Euro gefeilscht wird, und dann sieht wie der Präsident hingeht und mehr Mittel für seinen Mitarbeiter oder sogar einen Chauffeur will oder der Senator einen Vollzeit Mitarbeiter erhält und ein riesen Gehalt oder hier im Parlament plötzlich mehr Mittel locker gemacht werden.

Dann liebe Mitglieder in Regierung und Parlament, dann versteht man die Politikverdrossenheit der Menschen der DG.

Die Minister der DG verfügen pro Jahr, zusätzlich zu ihrem sehr hohen Gehalt, über eine steuerfreie Unkostenpauschale wofür eine Pflegerin im Altenheim fast vier Monate arbeiten muss.

Das, meine Damen und Herren, ist die Dekadenz der Mehrheitspolitik der DG, aber das verschweigt uns Herr Paasch.

Ich habe leider nicht genügend Redezeit um weitere einzelne Aspekte ihrer Rede einzugehen.

Zu all dem was sie da teilweise sehr blumig vorgetragen haben:

Aber es ist noch nicht aller Tage Abend.

Kollegen und Kolleginnen,

Der Klügel geht weiter –

So kann man am besten das Pöstchenkarussell hier in der DG beschreiben –

Und die - Schlechten Gewohnheiten - bleiben –
sollte man vielleicht noch als Untertitel hinzufügen.

Vivant hat die geplante Abänderung der Bezüge für die Parlamentarier und der Unterstützung der Fraktionen abgelehnt.

Denn es ist einfach unangebracht, mehr Geld im Parlament auszugeben, obwohl es andernorts fehlt, und die Schulden der DG ständig weiter steigen.

Wir plädierten dafür, bei der Summe, welche die Fraktionen im vergangenen Jahr erhielten, einen Abschlag zu machen und diese Gelder neu und korrekt aufzuteilen.

Dass nun alle Mehrheitsfraktionen mehr Geld erhalten, obwohl zwei davon sogar Stimmen verloren haben,
hat nichts mit einer Aufwertung, sondern mit Unvernunft und Selbstbedienung zu tun.

Und bekanntermaßen beschränkt sich die Aufgabe der Mehrheitsfraktionen größtenteils nur darauf, der Regierung wohlwollend nachzureden, so wie wir es heute wieder hören können.

Dass die Opposition durch die Reform mehr Möglichkeiten und die nicht anerkannten Fraktionen auch mehr Mittel erhalten, ist die Korrektur einer Ungerechtigkeit, und niemand sollte sich dies als Errungenschaft auf die Fahne schreiben, sondern sie sollten sich die Frage stellen warum dies erst jetzt geschieht.

Wir werden die uns anvertrauten Gelder einsetzen, um weiterhin eine klare Oppositionslinie zu führen und versuchen Gewohnheiten zu brechen und Ungerechtigkeiten aufzudecken.

Ich danke Ihnen für geschätzte Aufmerksamkeit –